

Schicksalsjahr für die Gesundheit

Gastkommentar von Steffen Habit

Deutschland steht vor einem Rekord-Wahljahr: Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, Bundespräsidentenwahl, Europawahl und schließlich die Bundestagswahl. Auch wenn die Finanzkrise und ihre fatalen Folgen derzeit die Schlagzeilen beherrschen – 2009 wird auch zum Schicksalsjahr für die Gesundheitspolitik.

Die schwarz-rote Bilanz in der Gesundheitspolitik ist katastrophal. Anfang des Jahres startete der umstrittene Gesundheitsfonds – der Not-Kompromiss aus Bürgerversicherung (SPD) und Kopfpauschale (Union). Die neue Geldsammelstelle bietet keine einzige Antwort auf die entscheidenden Fragen: Wie lässt sich die Kostenexplosion im Gesundheitswesen eindämmen? Wie lässt sich die hohe medizinische Versorgung in einer älter werdenden Gesellschaft langfristig sichern? Der Fonds hat nur einen Vorteil: Er bietet beiden Parteien die Möglichkeit, bei anderen Machtverhältnissen im Bundestag doch noch ihre ursprünglichen Konzepte umzusetzen.

Vorteil für die SPD

Die Sozialdemokraten sind im Vorteil: Die jetzige Reform liegt näher an der Bürgerversicherung als an der Kopfpauschale. Gelingt es einer SPD-geführten Bundesregierung, die Privatversicherten in den Fonds einzubeziehen und die Zahl der Krankenkassen drastisch zu senken, sind die Genossen am Ziel. Und die Union? Nach dem schmerzhaften Kompromiss ist es erstaunlich still geworden. Fonds-Fürsprecher Horst Seehofer (CSU) schweigt. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) beginnt dagegen, sich von der Reform zu distanzieren – Schritt für Schritt. Der Fonds biete zwar auch Vorteile, aber die Risiken würden eindeutig überwiegen, erklärte Söder jüngst vor aufgebrachten Fachärzten in München. Hinter diesem diplomatischen Drahtseilakt steht die simple Aussage: Der Fonds muss weg!

Was aber folgt auf die ungeliebte Geldsammelstelle? Etwa die Kopfpauschale? Die Union wäre



Foto: privat

Steffen Habit ist als Redakteur beim Münchner Merkur zuständig für Sozialpolitik.

schlecht beraten, die Fehler von 2005 zu wiederholen und erneut mit dem unpopulären Modell in einen Bundestagswahlkampf zu ziehen. Die CSU werde ein eigenes Gesundheitskonzept vorlegen, versprach Söder. Das Wort „Kopfpauschale“ vermied der Minister. Stattdessen sprach er von der

Stärkung der Freien Berufe und forderte ein Gesundheitssystem, das keinesfalls zentral aus Berlin dirigiert werden dürfe. Die FDP nahm die Botschaft mit Freude auf.

Fatale Kompromisse

Kopfpauschale oder ein ganz neues System – die Union muss rasch entscheiden, welches Modell sie der SPD-Bürgerversicherung entgegensetzt. Allein die Forderung nach mehr Freiheit im Gesundheitswesen wird nicht reichen. Die Union steckt allerdings im Dilemma: Zu den größten Fonds-Vorkämpfern gehört CDU-Chefin Angela Merkel. Kritik an der Reform heißt, die eigene Kanzlerkandidatin zu beschädigen. Auch übermäßige Polemik gegenüber der SPD verbietet sich. Die schwarz-gelbe Mehrheit bei der Bundestagswahl ist noch lange nicht sicher. Gut möglich, dass Söder bald wieder mit SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt am Verhandlungstisch sitzt. Eine Neuauflage der Großen Koalition wäre jedoch fatal: Weitere Not-Kompromisse kann das angeschlagene Gesundheitswesen nicht mehr verkraften.

Steffen Habit

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.